

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Armut in Winterthur, eingereicht von den Gemeinderätinnen M. Meyer (SP) und B. Baltensberger (SP) und Gemeinderat A. Daurù (SP)

Am 8. November 2010 reichten die Gemeinderätinnen Mattea Meyer und Bea Baltensberger und Gemeinderat Andi Daurù, namens der SP-Fraktion mit 32 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"Armut existiert - auch in der reichen Schweiz. Gemäss Schätzungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und der Caritas ist jede zehnte Person von Armut bedroht. Arm sein bedeutet nicht nur finanzielle Not, sondern auch Ausgrenzung, Benachteiligung und Perspektivenlosigkeit. Dies bekommen vor allem Minderjährige und MigrantInnen zu spüren, sind sie doch überdurchschnittlich von Armut betroffen. In den Städten ist der Anteil der Sozialhilfebeziehenden und Armutsbetroffenen besonders hoch. 2009 bezogen in der Stadt Winterthur 4.3% der Gesamtbevölkerung Sozialhilfe. Angesichts einer steigenden und hohen Arbeitslosenquote von 5.3% (2009) und nach der Annahme der ALV-Revision am 26. September 2010 muss die Stadt Winterthur wohl weiter mit einer Zunahme der Sozialhilfefälle rechnen. Zusätzlich zu den SozialhilfebezüglerInnen kommen zudem die Menschen, die keine Sozialhilfe beziehen, obwohl sie aus finanzieller Hinsicht Anspruch hätten. 2010 ist das europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Armut muss nicht sein.

Es stellen sich daher folgende Fragen an den Stadtrat:

- 1. Wie schätzt der Stadtrat die gegenwärtige und zukünftige Armutssituation in Winterthur ein?*
- 2. Was tut der Stadtrat bereits, um Armut zu bekämpfen?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit, notfalls weitere Massnahmen gegen Armut zu ergreifen? Wenn ja, welche Unterstützungskanäle und Projektmöglichkeiten erachtet der Stadtrat als sinnvoll, um soziale und berufliche Integration zu erreichen und die Armut zu minimieren?*
- 4. Welche Massnahmen würden sich besonders eignen, Armut von Minderjährigen zu bekämpfen, um die Armut-Spirale zu durchbrechen? Mit welchen Massnahmen können gezielt MigrantInnen angesprochen werden?*
- 5. Wo könnten Schwerpunkte in der Armutsbekämpfung liegen?"*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Einleitung

Bilder der Armut hängen stark vom zeitlichen, örtlichen und gesellschaftlichen Kontext ab. Im Gegensatz zur augenscheinlichen Armut in Ländern der Dritten Welt sind Hunger, Obdachlosigkeit und medizinische Unterversorgung in der Schweiz kaum mehr vorhanden. Artikel 12 der Bundesverfassung garantiert allen Menschen, die sich in einer Notlage befinden und sich nicht selber helfen können, Hilfe und Betreuung und diejenigen Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind. Eine breite Palette von öffentlichen und privaten Hilfsan-

geboten sorgt dafür, dass der Verfassungsauftrag umgesetzt wird. Dennoch gibt es Armut auch bei uns. Mit der Wanderausstellung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) "Im Fall" (www.im-fall.ch), welche im Herbst des vergangenen Jahres in Winterthur gezeigt wurde, wurde versucht, dieser Armut ein Gesicht zu verleihen. Dabei wurde deutlich, dass mit der Einkommensschwäche häufig Ausschluss aus der Arbeitswelt, ungünstige Wohnsituationen und soziale Ausgrenzung einhergehen.

Die materielle Seite der Armut kann auf unterschiedliche Weise definiert werden¹: Der *ökonomische Ansatz* betrachtet ausschliesslich die finanziellen Ressourcen eines Haushalts. Als arm gilt ein Haushalt, der im Vergleich mit anderen ungenügend ausgestattet ist. Beim *soziokulturellen Ansatz* werden neben der Einkommenssituation andere zentrale Lebensbereiche wie Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung und soziale Kontakte berücksichtigt. Wer in einem oder mehreren dieser Bereiche im Vergleich zu einem Mindeststandard unterversorgt ist, gilt als arm. Die Festlegung der entsprechenden Mindeststandards erweist sich allerdings als problematisch.

Bei Armutsmessungen wird in der Schweiz meist auf die Einkommenssituation abgestellt. So orientiert sich die SKOS bei der Bemessung ihrer Unterstützungsansätze am Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung. Daraus wird ein Mindesteinkommen zur Deckung der Wohnkosten, der medizinischen Grundversorgung und des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt errechnet, welches zugleich eine Armutsschwelle festlegt und die Anspruchsberechtigung auf Leistungen der Sozialhilfe regelt. Neben dem SKOS-Existenzminimum bestehen je eigene Festlegungen von Armutsgrenzen im Betreibungsrecht und bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Je nach Armutdefinition und Messmethode verändert sich die quantitative Erfassung von Armut in der Schweiz. Gemäss der SKOS-Armutsschwelle zählten Ende 2009 rund 230'000 Personen oder 3 Prozent der Bevölkerung zu den Armen und wurden deshalb von der Sozialhilfe unterstützt². Die nach internationalen Standards definierte Armutgefährdungsschwelle besagt hingegen, dass fast jede siebte Person in der Schweiz armutsgefährdet ist (rund 14 Prozent)³; die Definitionen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Armutgefährdungsschwellen für verschiedene Haushaltstypen	
in CHF pro Jahr	
Einzelperson	28'701
Eielfamilie mit 2 Kindern unter 14 Jahren	45'922
2 Erwachsene ohne Kinder	43'052
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	60'273

Liegt das verfügbare Haushaltseinkommen unter der massgeblichen Existenzschwelle, wird es mit staatlichen oder privaten Transferleistungen ergänzt. Zu den staatlichen Transferleistungen gehören Sozialversicherungsleistungen und bedarfsabhängige Sozialleistungen (u. a. Sozialhilfe, Zusatzleistungen zur AHV/IV, Kleinkinderbetreuungsbeiträge, Alimentenhilfe, Individuelle Prämienverbilligungen).

Armut ist jedoch mehr als nur eine Einkommensschwäche; sie beeinflusst die gesamte Lebenssituation der Betroffenen. Arme sind häufig weniger gut ausgebildet, wohnen in schlechteren Verhältnissen, leben sozial isoliert und werden öfters krank. Menschen in derart belastenden Lebensumständen haben wiederum schlechte Chancen, den Ausstieg aus der Armut aus eigener Kraft zu schaffen. Sie kämpfen täglich mit finanziellen Schwierigkeiten und verzichten auf Vieles, was Anderen selbstverständlich ist (u. a. Mobilität, Freizeit, Ferien). Häufig ziehen sie sich aus dem sozialen und kulturellen Leben zurück, resignieren und vereinsamen. Um diese Wechselwirkung zu durchbrechen, brauchen diese Menschen Unterstützung, um ihre Potenziale auszuschöpfen, sowie Räume und Gruppen, in denen sie ihre Erfahrungen austauschen, Ideen einbringen und Projekte verwirklichen können.

¹ Christin Kehrli, Carlo Knöpfel: Handbuch Armut in der Schweiz, S.23 ff., Caritas Verlag, 2006.

² Bundesamt für Statistik, Schweizerische Sozialhilfestatistik 2009.

³ Lebensbedingungen in der Schweiz 2009, Bundesamt für Statistik, S. 4.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

"Wie schätzt der Stadtrat die gegenwärtige und zukünftige Armutssituation in Winterthur ein?"

Der Stadtrat geht davon aus, dass gegenwärtig ca. 8000 Personen in Winterthur von Armut betroffen sind. 2009 wurden 4342 Personen mit Sozialhilfe unterstützt und somit als Arme erfasst. Dazu kommt die verdeckte Armut, bestehend aus Personen, die Anspruch auf wirtschaftliche Unterstützung hätten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen auf Sozialhilfe verzichten (die Nichtbezugsquote liegt nach Schätzungen rund doppelt so hoch wie die ausgewiesene Sozialhilfequote) sowie Personen, die mit ihrem Einkommen sehr knapp über der SKOS-Armutsschwelle liegen.

Mit einer Sozialhilfequote von 4.4% bewegt sich Winterthur im Mittelfeld der Deutschschweizer Städte⁴. Dies überrascht positiv, da Winterthur einen vergleichbaren wirtschaftlichen Strukturwandel vom industriellen Sektor zum Dienstleistungssektor zu bewältigen hatte wie beispielsweise Biel (10.5%) oder Basel (6.3%), die deutlich höhere Sozialhilfequoten aufweisen.

Im Kanton Zürich wurden im Jahr 2009 3,3% der Bevölkerung mit Sozialhilfe unterstützt⁵. Die Sozialhilfequote steigt auffällig mit der Grösse der Gemeinde. So wohnen in den Städten Zürich (Sozialhilfequote: 5,2%) und Winterthur rund ein Drittel der Kantonsbevölkerung, jedoch 56% aller Sozialhilfefälle. Der Hauptgrund dafür ist die typische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung (mehr Alleinstehende, Alleinerziehende, ausländische Personen und Arbeitslose) mit einem erhöhten Armutsrisiko.

Die künftige Entwicklung der Armutssituation in Winterthur hängt entscheidend von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen ab. Dabei spielt die Konjunktur und die Beschäftigungslage eine entscheidende Rolle. Wirtschaftliche Abschwünge lassen die Zahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten ansteigen. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Stellen im Tieflohnsegment nehmen bei schlechter Wirtschaftslage zu, und die Zahl von Armutsbetroffenen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, steigt. Bekanntlich funktioniert die Sozialhilfe als letztes Netz im System der sozialen Sicherung in der Schweiz. Veränderungen bei den Anspruchsbedingungen in den vorgelagerten Sicherungssystemen, wie z. B. aktuell die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, können zum Anstieg der Sozialhilfefallzahlen führen.

Grossen Einfluss hat auch die Strategie, welche durch die Stadtentwicklung verfolgt wird und koordiniert Wirtschafts- und Standortförderung, Wohnungsbau, kulturelle und soziale Angebote einsetzt, um für die ganze Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu erreichen.

Zu Frage 2:

"Was tut der Stadtrat bereits, um Armut zu bekämpfen?"

Armutsbekämpfung ist eine Aufgabe, welche alle staatlichen Ebenen in verschiedenen Politikbereichen - Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Gesundheit, Migration und soziale Integration und mehr - fordert. Neben Bund, Kantonen und Gemeinden spielen Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle. Das macht Armutsprävention und -bekämpfung zu einer äusserst komplexen Angelegenheit.

Der Stadtrat ist bestrebt, auf städtischer Ebene die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Ämtern und Fachbereichen in Fragen der sozialen Sicherung bestmöglich zu gewährleisten. Auf strategischer Ebene sind die interdepartemental zusammengesetzten Gefässe

⁴ Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten 2009, S. 14

⁵ Sozialbericht des Kantons Zürich 2009, S. 71 ff.

Integrations-, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungskommission für die Vernetzung zuständig. Die Bündelung verschiedener Faktoren, welche sich auf die Lebensbedingungen der sozial und wirtschaftlich schwachen Bevölkerung von Winterthur auswirken, bringt immer wieder innovative und erfolgreiche Projekte hervor. Genannt werden können beispielsweise die Fachstellen für die Berufsintegration von jungen Sozialhilfebeziehenden und für die Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien; dazu kommen Aktivierungsangebote oder Teillohnangebote für Ausgesteuerte im Sozialhilfebezug. Andere Massnahmen wie der Ausbau des Angebots an subventionierten Kita-Plätzen (FAMEX) oder die gezielte Integrationsförderung (Deutschkurse) tragen dazu bei, spezifische Armutsrisiken von Familien oder von fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohnern abzubauen.

Zur materiellen Existenzsicherung richtet die Stadt ergänzend zu den Sozialversicherungen des Bundes Bedarfsleistungen an Anspruchsberechtigte aus. Rund 11'000 Einwohner/innen der Stadt Winterthur sind auf diese Leistungen angewiesen. Die Nettogesamtkosten für diesen Bereich der sozialen Sicherung belasteten im Jahre 2009 den städtischen Haushalt beträchtlich: Nach drei stabilen Jahren sind 2009 die Ausgaben der Stadt Winterthur im Bereich der sozialen Sicherung auf rund 75.28 Mio. Franken gestiegen. Davon entfielen:

- 33.1 Mio. Franken zu Lasten der Sozialhilfe
- 38.3 Mio. Franken zu Lasten der Zusatzleistungen zur AHV/IV
- 2.63 Mio. Franken zu Lasten der Alimentenbevorschussung
- 1.25 Mio. Franken zu Lasten der Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

Bei der Ausgestaltung des Vollzugs dieser Leistungen sind dem Stadtrat enge Grenzen gesetzt. Erkannte Mängel, wie z. B. ungünstige Schwelleneffekte, komplizierte Verfahren und schlechte Koordination zwischen den Leistungssystemen können auf kommunaler Ebene zwar nicht behoben werden, jedoch durch verbesserte Zusammenarbeit (Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ) und zweckmässige Regelungen für den Datenaustausch zumindest gemildert werden. Durch das Engagement des Departements Soziales in den nationalen (Städteinitiative Sozialpolitik) und kantonalen Gremien (Sozialkonferenz des Kantons Zürich) können städtische Interessen und Erfahrungen in Politik und Gesetzgebung eingebracht werden.

Zu Frage 3:

"Ist der Stadtrat bereit, notfalls weitere Massnahmen gegen Armut zu ergreifen? Wenn ja, welche Unterstützungskanäle und Projektmöglichkeiten erachtet der Stadtrat als sinnvoll, um soziale und berufliche Integration zu erreichen und die Armut zu minimieren?"

Weil sich die Gesellschaft und die Wirtschaftslage stetig wandeln und die Lebens- und Arbeitsbedingungen beständig beeinflussen, bleibt Armutsprävention und -bekämpfung eine Daueraufgabe. Für die Gruppe der armutsgefährdeten Personen entscheiden bereits Einkommens- oder Ausgabenschwankungen von wenigen hundert Franken monatlich über wirtschaftliche Selbständigkeit oder Unterstützungsbedürftigkeit. Um rechtzeitig und angemessen auf Veränderungen reagieren zu können, braucht der Stadtrat Statistiken, welche Auskunft über das Ausmass der erfassten Armut und über spezifische Merkmale der Armutsbetroffenen sowie über die Anlassprobleme geben⁶. Interne und externe Evaluationen zur Wirkung von Prozessen und zum Nutzen von Massnahmen im Bereich der Arbeitsintegration und der sozialen Beratung der Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste geben Hinweise auf Optimierungsmöglichkeiten und Lücken im Hilfsangebot⁷. Diese Grundlagen ermöglichen es dem Stadtrat, ergänzend zu den Armutsstrategien von Bund und Kanton kommunale Schwerpunkte bei der Armutsbekämpfung zu setzen.

⁶ http://www.soziales.winterthur.ch/upload/file/Facts-und-Trends%202009_def_3.6.10.pdf

⁷ http://www.soziales.winterthur.ch/upload/file/748_KNA_AIM_Wthur_SchluBe_08_01_16.pdf

Seit der Durchführung der Wanderausstellung "Im Fall", welche im September 2010 aus Anlass des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Winterthur gastierte, wird der Aspekt der Selbstorganisation und Selbsthilfe von Armutsbetroffenen verstärkt wahrgenommen. Die von der Stadt und anderen Stellen unterstützte Eröffnung eines Treffpunktes für Armutsbetroffene mit angegliedertem Internet-Café bietet Raum für soziale Begegnungen und diverse Aktivitäten von Armutsbetroffenen für Armutsbetroffene.

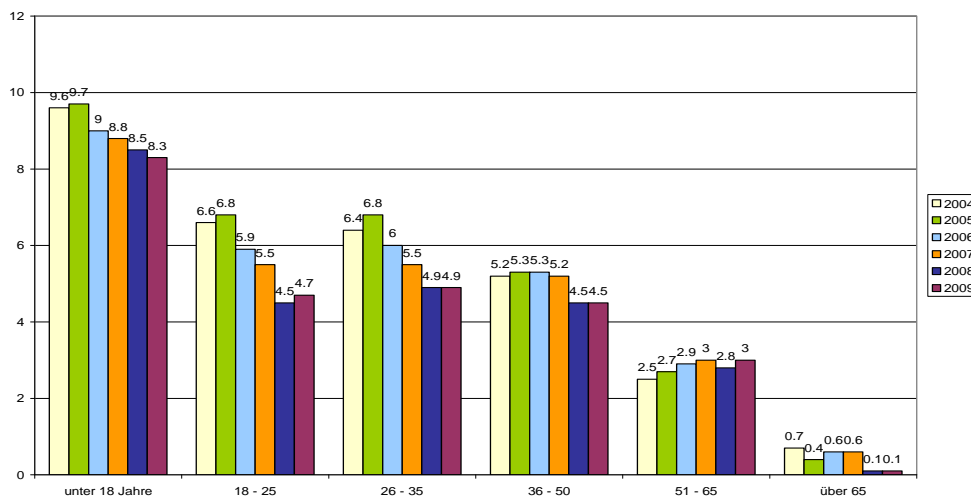
Zu Frage 4:

"Welche Massnahmen würden sich besonders eignen, Armut von Minderjährigen zu bekämpfen, um die Armuts-Spirale zu durchbrechen? Mit welchen Massnahmen können gezielt MigrantInnen angesprochen werden?"

Spezifische Angebote für Kinder und Jugendliche:

Auch in Winterthur sind Kinder und Jugendliche mit einer Sozialhilfequote von 8.7% in besonderem Masse von Armut betroffen.

Zeitreihe Altersverteilung 2004 bis 2009



Die finanziell schwierige Lage der Eltern kann die Bedingungen, in denen die Kinder aufwachsen, langfristig negativ prägen. Armut, Schulden, Arbeitslosigkeit und tiefes Bildungsniveau der Eltern sind familiäre Belastungsfaktoren, welche sich ungünstig auf die Entwicklung der Kinder auswirken können.

Kinder von sozial benachteiligten Familien profitieren aber auch in besonderem Masse von guten Rahmenbedingungen im Bereich der Familien- und Bildungspolitik. Mit spezifischen Angeboten für diese Zielgruppe kann die Chancengerechtigkeit weiter verbessert werden. In Winterthur bestehen bereits etliche zielgruppenorientierte Angebote:

- die Erfassung und Zuführung von Kindern im Vorkindergartenalter mit einem entsprechenden Förderbedarf in die Frühförderangebote, wo nötig mit Programmkostenübernahme,
- die Abgabe der Kulturlegi, welche auch Kindern aus armen Familien Zugang zu Freizeitangeboten verschafft, sowie die Kostenübernahme für ausserschulische Aktivitäten im Rahmen der Sozialhilfeunterstützung,
- die Angebote der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffs in den Quartieren, mobile Jugendarbeit und Projekte wie Open-Sunday (Töss und Sennhof) sowie das Midnight-Basketball Winterthur Töss,
- die intensive sozialpädagogische Begleitung durch die Fachstelle Junge Erwachsene bei den Sozialen Diensten sowie die Bereitstellung von spezifischen Integrationsprogrammen

men (Jump / Jumpina / Trampolin) für diese Altersgruppe, mit dem Ziel, die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung sowie Ausbildung und Erwerbsleben zu optimieren.

In die gleiche Richtung wie die kommunalen Projekte im Bereich der Berufsintegration zielen spezifische Förderangebote im Rahmen der Arbeitslosenversicherung sowie das kantonale Projekt Case Management Berufsbildung des Amts für Jugend und Berufsberatung. Durch die intensive Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen IIZ (Interinstitutionelle Zusammenarbeit) erhöhen sich die Erfolgchancen der beruflichen Integration.

Armut nachhaltig vermeiden bedeutet vor allem die "Beschäftigungsfähigkeit" (employability) junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern und zu erhalten. Da der Arbeitsmarkt anhaltend hohe Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitnehmenden stellt, muss auch die Sozialhilfe künftig ihren Fokus auf Bildung verstärken und sich überlegen, wie wenig qualifizierte junge Leute für Nachhol- und Weiterbildung motiviert werden können. Unter dem Blickwinkel der Prävention müsste eine nationale Bildungsoffensive bei der Arbeitslosenversicherung angesiedelt werden.

Spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten:

Das Sozialhilferisiko ist für ausländische Staatsangehörige (8.4%) markant höher als für schweizerische (3.1%), weil viele von ihnen über geringe berufliche Qualifikationen verfügen und deshalb bei einem Stellenverlust schlechtere Chancen haben, rasch eine neue Stelle zu finden. Auch die verdeckte Armut dürfte bei diesem Personenkreis höher sein, weil etliche ausländische Familien auf Sozialhilfe verzichten, um ihre Chancen auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nicht zu gefährden. Auch haben Ausländerinnen und Ausländer, die häufiger im Billiglohn-Segment Arbeit finden, ein höheres Armutrisiko. In vielen Berufen, vor allem im Dienstleistungssektor (Gastgewerbe, Verkauf, Pflege) spielt die sprachliche Kompetenz eine wichtige Rolle. Defizite bei den Deutschkenntnissen wirken sich jedoch nicht erst im Erwerbsleben, sondern bereits im Kindergarten, in der Schule und bei der Berufswahl negativ aus. Betroffen sind jedoch nicht nur fremdsprachige Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch Personen, die aus zugewanderten Familien stammen, aber in der Schweiz geboren und aufgewachsen und teilweise auch eingebürgert sind.

Migrantinnen und Migranten suchen in einer Notlage häufig Unterstützung bei Anlaufstellen oder Schlüsselpersonen aus ihrem Kulturkreis. Es ist deshalb wichtig, diese Kontaktpersonen für die präventiven Aspekte von Armutsbekämpfung zu sensibilisieren und ihnen alle Informationen zum Thema Armut zugänglich zu machen.

Kumulierte familiäre Belastungen, z. B. Fremdsprachigkeit und Bildungsferne der Eltern verbunden mit sehr knappen finanziellen Mitteln, können sich negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirken. Diese Kinder haben besondere Bedürfnisse und brauchen besondere Förderangebote, damit sie fähig sind, mit einem ihrem Alter entsprechenden Entwicklungsstand und genügenden Deutschkenntnissen den Schuleintritt zu meistern. In Winterthur bestehen zahlreiche städtische, kantonale oder private Angebote, welche den besonderen Bedürfnissen von armutsbetroffenen ausländischen Familien Rechnung tragen:

- Aufsuchende Mütterberatung mit Beizug interkultureller Übersetzerinnen
- Fachstelle Frühförderung
- Spiel- und Lernprogramm schrittweise
- Projekt Schulstart+
- Femmes Tische
- Interkultureller Eltern-Kind Treff im Familienzentrum
- Fremdsprachliche und zweisprachige Eltern-Kind Gruppen und Spielgruppen.

Eltern spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung ihrer Kinder. Eltern, die in die Schweiz immigriert sind, knüpfen wie alle Eltern ihr Erziehungsverständnis an die Erfahrungen, die sie selber in ihrem Herkunftsland als Kind gemacht haben. Gelingt es, diese Eltern mit Elternbildungsangeboten zu erreichen, setzen sie sich mit dem schweizerischen Erziehungsverständnis auseinander und können ihre Kinder entsprechend unterstützen. Das Winterthurer

Frühförderkonzept sieht deshalb die Schaffung von spezifischen Elternbildungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund vor, um mehr Chancengerechtigkeit für ihre Kinder zu erreichen.

Für Kleinkinder aus fremdsprachigen Familien sind die Förderung der Sprachentwicklung im Allgemeinen und das Lernen der deutschen Sprache als Zweitsprache neben der Muttersprache zentral. Deshalb wird dieser Förderaspekt bei allen Angeboten der Frühförderung ausdrücklich beachtet. In der Schule wird die Sprachförderung für fremdsprachige Kinder fortgesetzt und die Mehrsprachigkeit als Ressource genutzt (Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur HSK).

Für Erwachsene mit ungenügenden Deutschkenntnissen bietet die städtische Fachstelle für Integration Deutschkursberatungen an, um sicherzustellen, dass jede Person das passende Lernumfeld findet. Die Sozialhilfe fordert im Hinblick auf bessere Berufsintegrationschancen von fremdsprachigen Klientinnen und Klienten, dass sie Deutsch lernen und finanziert die Kurskosten (einmalig max. CHF 3'500.-- pro Person).

Jugendliche aus Migrationsfamilien haben aus unterschiedlichen Gründen erschwerte Bedingungen, eine Lehrstelle zu finden. Teilweise sind Eltern aus Unkenntnis über das schweizerische Berufsbildungswesen und wegen ihres fehlenden Beziehungsnetzes nicht in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen. Zudem müssen sie auch gegen Vorurteile der Arbeitgeber und Lehrbetriebe ankämpfen. Mentoringprojekte wie Ithaka (Berufsberatung) oder Incluso (Caritas) unterstützen junge Migrantinnen und Migranten bei der Lehrstellensuche.

Alle beschriebenen Angebote erzielen die erwünschte Integrationswirkung nur dann, wenn sie die Zielgruppen tatsächlich erreichen. Deshalb braucht es verstärkte Bemühungen, um Zugangshürden zu erkennen und abzubauen. Die Eltern müssen die Bedeutung des Deutschlernens für ihr eigenes soziales und wirtschaftliches Fortkommen und für den schulischen Erfolg ihrer Kinder erkennen. Dazu braucht es muttersprachliches Informationsmaterial, Überzeugungsarbeit von Schlüsselpersonen der Migrationsbevölkerung, Hausbesuche durch ausgebildetes Personal sowie niederschwellige (Eltern)- Bildungsangebote, welche auf die spezifischen Lebensumstände der Migrationsfamilien Rücksicht nehmen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass der Migrationshintergrund nur im Bezug auf die mangelnde Sprachkompetenz Ursache für eine erhöhte Armutsgefährdung zu sein scheint. Ausschlaggebend für ein erhöhtes Armutsrisiko unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Nationalität sind schichtspezifische Merkmale wie soziale Herkunft, Bildungsstand, Gesundheitszustand und Erwerbs- und Familiensituation.

Zu Frage 5:

"Wo könnten Schwerpunkte in der Armutsbekämpfung liegen?"

In seinen Legislaturzielen führt der Stadtrat die Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben als Vorhaben von hoher Bedeutung an⁸. Eine achtsame Politik fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sorgt für den Einschluss aller Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten. Damit betont der Stadtrat die Bedeutung der Dimension der sozialen Nachhaltigkeit, welche zusammen mit der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit dafür sorgt, dass Winterthur auch künftig eine Stadt mit hoher Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung bleibt. Soziale nachhaltige Politik hat eine Gesellschaft zum Ziel, die solidarisch und zukunftsfähig ist und an der alle Mitglieder teilhaben können.⁹

An diesem umfassenden Integrationsbegriff sollte sich auch eine zukunftsgerichtete Integrationspolitik ausrichten. Alle Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur – unabhängig von ihrer Herkunft und Nationalität, aber unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und sozia-

⁸ Stadtrat Winterthur, Legislaturschwerpunkte 2010-2014, S. 8

⁹ am selben Ort wie Fussnote 8, S. 6.

len Lage - sind eingeladen ihren Beitrag für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortkommen der Stadt zu leisten.

In diese gleiche Richtung zielt auch die städtische Wohnbaupolitik, zu der aktuell eine Veranstaltungsreihe im Zusammenhang mit Grossstadt Winterthur läuft¹⁰: Die städtische Wohnungspolitik soll ein sozial durchmisches Bevölkerungswachstum fördern, indem bedürfnisgerechte, vielfältige Wohnangebote für alle, insbesondere auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen (Arme, ältere Menschen, junge Familien, Studierende) zur Verfügung stehen.

Der Stadtrat sieht sich durch den Bericht des Bundesrates "Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung"¹¹ grundsätzlich bestärkt, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Mit Angeboten in den Handlungsfeldern Frühförderung und soziale und berufliche Integration setzt der Stadtrat Schwerpunkte, welche die kantonalen und nationalen Bemühungen im Bereich Armutsbekämpfung ergänzen. Mit einer sozialen Wohnungspolitik soll sichergestellt werden, dass auch für Haushalte mit knappen Mitteln bezahlbare und angemessene Wohnungen verfügbar sind. Grundsätzlich setzt sich der Stadtrat in kantonalen und nationalen Gremien intensiv für die Positionierung der Städte ein, wenn es darum geht, den besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit Armut Beachtung zu verschaffen.

Damit Winterthur weiterhin eine sichere Stadt mit hoher Lebensqualität für alle Einwohner/-innen bleibt, müssen auch arme Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihre Chancen und Potentiale nutzen können. Eine lebendige Stadt lebt von der Vielfalt von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, auch Arme und Armutsgefährdete sollen darin Platz finden.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Soziales übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

¹⁰ Veranstaltungsreihe: Grossstadt Winterthur Wie gelingt eine soziale Stadtentwicklung?

¹¹ <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/19890.pdf> S. 114 ff.